

Stütze für Reiche – Sozialamt zahlt teure Privatschulen

Anmoderation
Anja Reschke:

Auch Kinder von reichen Eltern sind wohl arm dran. Denn anscheinend leiden gerade sie auffallend oft unter drohender seelischer Behinderung. Was in Wirklichkeit nicht daran liegt, dass diese Kinder etwa schwieriger sind, sondern weil sie so auf Staatskosten ins Internat kommen können. Laut Gesetz nämlich müssen Landkreise und Gemeinden Eingliederungshilfe für Jugendliche bezahlen, die zum Beispiel unter dem Zappelphilipp-Syndrom leiden. Dieser – eigentlich gut gemeinte Paragraf – wird nun ausgerechnet von denen ausgenutzt, die sich mehrere Tausend Euro Schulgeld im Monat eigentlich leisten könnten. Nicole Böhloff und Ellen Kaufmann über Sozialmissbrauch von denen die gut verdienen, die sehr gut verdienen:

Das Rathaus in Ludwigshafen. Hier arbeitet einer, der nicht mit uns sprechen will, der Baudezernent Ernst Merkel. Er hüllt sich lieber in Schweigen darüber, dass er sich das teure Internat seines Sohnes zeitweise vom Sozialamt bezahlen ließ.

Kosten: knapp 2000 Euro pro Monat.

Dabei verdiente Ernst Merkel damals schon 6.800 Euro brutto im Monat, die BILD nennt ihn jetzt „Bürgermeister Gierig“. Ein Politiker als Abzocker, ein denkbar schlechtes Image - Merkel geht in die Offensive, erklärt in einem Interview, dass er die Sache bereue und der Stadt Ludwigshafen 5.000 Euro spenden werde.

In diesem Internat bei Heidelberg lernte der Sohn von Ernst Merkel in pädagogisch wertvollen Kleingruppen. Auch andere betuchte Eltern schicken ihre Kinder hierher, solche exklusiven Privatschulen gibt es überall in Deutschland. Und: überall sind sie teuer. Wie praktisch, dass da das Sozialamt helfen kann. Stütze, ausgerechnet für Reiche, bundesweit:

O-Ton

Claus Schick, SPD:

(Landrat Mainz-Bingen)

„Es ist ungerecht, dass selbst Millionäre und besonders gut verdienende Leute, die wirklich keine Probleme hätten, einen Internatsaufenthalt auch selbst zu bezahlen, dass die sich den von der öffentlichen Hand bezahlen lassen. Das kann doch nicht richtig sein, das ist ungerecht und unsozial gleichermaßen.“

O-Ton

Christa Stewens, CSU:

(Sozialministerin):

„Jetzt vom sozialen Milieu aus gesehen, sind es natürlich oft auch Eltern, die ausgesprochen gut verdienen, die auch gerade in der Lage sind, solche Grauzonen in dem Kinder- und Jugendhilfegesetz auszunützen, also da gibt es sehr viele Mitnahmeeffekte.“

O-Ton

Gerhard Weber, CSU:

(Zweiter Bürgermeister Regensburg)

„Es sind oftmals Eltern, die durchaus nicht der sozial schwachen Schicht zuzurechnen sind, sondern eher dem anderen Spektrum. Es sind oftmals Eltern, die sich sehr gut auskennen und die wissen, wie man zu öffentlicher Unterstützung kommen kann.“

Der Abzockertrick ist leider legal - der Staat zahlt Jugendlichen mit psychischen Problemen Therapiestunden oder den Internatsbesuch – egal, wie gut die Eltern verdienen.

Das ist in § 35a Sozialgesetzbuch VIII so geregelt: „Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf Leistungen der Eingliederungshilfe, wenn ihre seelische Gesundheit von dem für ihr Lebensalter typischen Zustand abweicht“.

Das Gutachten eines Psychiaters reicht, schon kassieren wohlhabende Eltern vom Sozialamt. Deshalb kommen viele hierher, in die Fachklinik Bad Neuenahr. Eine ambulante Therapie ist ihnen meist zu wenig, dann doch lieber gleich das teure Internat.

O-Ton

Dr. Eva Bergheim-Geyer:

(Fachklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie Bad Neuenahr)

„Es gibt schon auch immer wieder Eltern, die schon praktisch unterschrieben haben, die Internatsunterbringung z.B. ihres Kindes, weil sie mit dem schulischen Verlauf nicht zufrieden sind, und das ist natürlich irgendwo auch eine Falle, denn damit stehen die Eltern noch mehr unter Druck, jetzt auch was zu erreichen, und dieser Druck wird selbstverständlich auch weitergegeben an die, die zu begutachten haben.“

Hier im Landkreis Mainz Bingen kennt man das offensichtlich profitable System der Eingliederungshilfe ganz genau:

O-Ton

Claus Schick, SPD,

(Landrat Mainz-Bingen:

„Wir haben festgestellt, dass hier sehr enge Verflechtungen zum Teil da sind, zwischen anerkannten Ärzten, die auch einen Namen haben und die ein entsprechendes Gutachten erstellen, oder auch zu den Internaten, die natürlich ein Interesse haben am Markt zu akquirieren, und da kommt eines zum anderen...“

Die HEBO-Privatschule in Bonn-Bad Godesberg: hier hat man Kinder mit Zappelphillipp-Syndrom als gute Kunden entdeckt. Denn Schüler mit dieser Störung können großzügige Unterstützung nach § 35a erwarten. Wie die Eltern am geschicktesten an das Geld vom Staat kommen, das erklärt eine Anleitung des Schuldirektors im Detail: Falls das Sozialamt zickt, rät die HEBO-Schule zur Klage vor dem Verwaltungsgericht. Da das häufig zu lange dauert, wird eine Fülle von „flankierenden Maßnahmen“ empfohlen.

Mit Nachdruck sei der Familiendezernent einzuschalten, der Wahlkreisabgeordnete aufzusuchen, eine Eingabe beim Behindertenbeauftragten vorzulegen und der Petitionsausschuss des Bundestags könne auch noch helfen.

Wie effektiv die Beharrlichkeit der Eltern sein kann, zeigt das Beispiel Regensburg: Die Stadt wurde vom Verwaltungsgericht per Eilentscheidung zum Zahlen eines Elite-Internats in Schottland verdonnert. Nur dort, so meint die Mutter, kann die seelische Störung ihres 18-jährigen Sohnes behoben werden.

O-Ton

Gerhard Weber, CSU:

(Zweiter Bürgermeister Regensburg)

„Wir sind seit langem in Kontakt mit dem jungen Mann, mit seinen Eltern, wir haben ihm umfangreiche Beratung zuteil werden lassen, wir haben ihm Jugendhilfemaßnahmen angeboten, leider ist von ihm und von seinen Eltern alles abgelehnt worden.“

Alles abgelehnt, weil der Junge hierhin soll: ins malerische Cademuir in Schottland. In diesem edlen Gewölbe büffeln Eliteschüler aus aller Welt. Als Freizeitbeschäftigung stehen Golf und Segeln zur Auswahl.

O-Ton

Karl Moser:

(Kreisjugendamtsleiter Regensburg)

„Das Internat selbst kostet jährlich rund 31.000 Euro. Bestandteile der Hilfe sind natürlich auch die Fahrt oder Flugkosten des jungen Mannes, die Kosten zum Kontakt zur Familie, und hinzu kommen die Kosten für unser Personal, wenn wir zu den Hilfeplangesprächen oder zur regelmäßigen Begleitung nach Schottland fliegen müssen. Das heißt zu den 31.000 Euro kommen noch eine ganze Menge an zusätzlichen Kosten.“

Summasummarum: rund 40.000 Euro pro Jahr für ein wirklich malerisch gelegenes Internat – finanziert vom Steuerzahler. Der therapeutische Nutzen – höchst fragwürdig, findet man in Regensburg.

O-Ton

Gerhard Weber, CSU:

(Zweiter Bürgermeister Regensburg)

„Wir helfen gerne Jugendlichen, die der Hilfe bedürfen. Es kann aber nicht sein, dass sich die Jugendlichen bzw. ihre Eltern die Jugendmaßnahmen selber aussuchen, ohne sich mit uns abzustimmen und uns dann die Rechnung zu schicken.“

Rechnung schicken und die Sozialkasse belasten, auch hier durchaus üblich: Im Landkreis Starnberg residieren Deutschlands Millionäre, und hier haben sich die Kosten für die Eingliederungshilfe verdoppelt, auf 2,3 Millionen Euro pro Jahr. Mittlerweile hat der Landkreis auf seine Weise reagiert: er hat eine Psychologin engagiert, die unberechtigte Fälle zurückweisen soll:

O-Ton

Heinrich Frey, CSU:

(Landrat Starnberg)

„Wir sehen uns veranlasst, weil eben da keine Kostenbremse da ist seitens der Eltern, eben da mal eben drüberzuschauen und eine Gegengutachterin zu haben, und die hat, wenn ich so die Jahre vergleiche, ihr Geld, was sie als Honorarkraft verlangt, gut hereingespielt, muss ich sagen.“

Elitäre Schulen zum Nulltarif, sie werden bei deutschen Eltern immer beliebter – und die Kommunen immer ärmer:

O-Ton

Claus Schick, SPD:

(Landrat Mainz-Bingen)

„’98, um ein Beispiel zu sagen, hatten wir noch 10 dieser Fälle nach § 35a, und im Jahre 2003 hatten wir 115. Während wir 1998 nur einen relativ bescheidenen Betrag von, ich glaub’ , 45.000 Euro ausgegeben haben, ist das im Jahr 2003 auf fast 1,4 Millionen Euro angestiegen.“

O-Ton

Gerhard Weber, CSU:

(Zweiter Bürgermeister Regensburg)

„In Regensburg haben die Kosten eine katastrophale Entwicklung genommen, wir haben von 1998 bis 2003 einen Steigerungssatz von 1006 Prozent, das sind in absoluten Zahlen ausgedrückt: von 125.000 Euro im Jahr 1998 auf 1 Millionen 385 Tausend im Jahr 2003.“

Und bundesweit?

O-Ton

Christa Stewens, CSU:

(Sozialministerin Bayern)

„Das hat dazu geführt, dass seit 1997 die Ausgaben im Bereich § 35a verdoppelt wurden in Deutschland, nämlich von ca. 200 Millionen Euro auf ca. 400 Millionen Euro. Und daran sehen Sie schon, was hier in Bewegung geraten ist.“

Eigentlich wäre das Familienministerium in Berlin am Zug – doch jahrelang ist nichts passiert, und noch immer wird das Thema stiefmütterlich behandelt. Renate Schmidt hat keine Zeit für ein Interview mit Panorama – aus Termingründen.

Bericht: Nicole Bölhoff, Ellen Kaufmann, Thomas Leif

Schnitt: Anthony Thompson

Abmoderation

Anja Reschke:

Reiche können sich anscheinend sehr gut wehren – seit Tagen werden wir mit Schreiben von Anwälten bombardiert, die diesen Beitrag verhindern wollten. Erfolglos!